



Von der Leyen,
Schäuble

Bundeswehr

Helikopter statt Haushaltshilfe

Ein zentrales Projekt von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen ist am Einspruch von Finanzminister Wolfgang Schäuble (beide CDU) vorerst gescheitert. Schäuble stoppte das Gesetz, mit dem von der Leyen die Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber steigern wollte. In dem sogenannten Artikelgesetz sind 23 Maßnahmen aufgeführt, mit denen die Truppe für junge Rekruten anziehend gemacht werden sollte, darunter eine Wehrsolderhöhung und das Bezahlen einer Haushaltshilfe. Ein weiterer zentraler Punkt des Gesetzentwurfs aus dem Verteidigungsministerium war die geplante Begrenzung der Arbeitszeit auf 41 Stunden pro Woche. Schäuble begründete

sein Veto gegenüber der Ministerin damit, dass die Attraktivitätsoffensive angesichts der bekannt gewordenen Materialmängel bei der Bundeswehr nicht zu rechtfertigen sei. Mit dem vorgesehenen Geld solle von der Leyen lieber die militärische Ausrüstung der Truppe verbessern. Für das kommende Jahr hatten die Planer im Bendler-Block für die Offensive mit dem Slogan „Aktiv.Attraktiv.Anders“ Mehrkosten von 122,5 Millionen Euro berechnet. Dieses Geld war im Haushalt bereits vorgesehen und soll nun stattdessen für Waffen und Fluggerät verwendet werden. Für die Folgejahre waren zusätzliche Kosten in Höhe von 301,7 Millionen jährlich vorgesehen. mgb, rei



Flughafenausbau Braucht Frankfurt den dritten Terminal?

Das hessische Wirtschaftsministerium sucht nach einem neutralen Gutachter, um die Notwendigkeit eines weiteren Ausbaus des Frankfurter Flughafens zu überprüfen. Damit stellt Wirtschafts- und Verkehrsminister Tarek Al-Wazir (Grüne) eine Wachstumsprognose des Flughafenbetreibers Fraport infrage, der den Bau eines dritten Terminals mit stetig zuneh-

mendem Flugverkehr in Frankfurt begründet hatte. „In der Vergangenheit haben sich die meisten Wachstumsprognosen für den Flughafen als viel zu optimistisch erwiesen“, sagt Al-Wazir. So hatte Fraport den Bau der aus Lärmschutzgründen umstrittenen Landebahn Nordwest auf der Basis von offenbar deutlich überhöhten Vorausagen beantragt. Nach den Fraport-Gutachten aus dem Jahr 2006 sollten etwa 2010 bereits 528 000 Flugbewegungen und 2015 rund 628 000

Flugbewegungen in Frankfurt stattfinden. In Wirklichkeit ist die Zahl der Starts und Landungen trotz Inbetriebnahme der neuen Bahn gesunken – von damals knapp 490 000 im Jahr auf derzeit rund 473 000. mab

Stuttgart 21 Indizien für Kapitalvernichtung

In der Auseinandersetzung um das Bahn-Großprojekt Stuttgart 21 sieht der Bremer Strafrechtsprofessor Felix Herzog die Berliner Staatsanwaltschaft in der Pflicht, „für Aufklärung zu sorgen“. Herzog ist überzeugt, dass die Ermittler prüfen müssten, ob es bei der Deutschen Bahn AG „zu strafrechtlich relevanten Vorgängen im Sinne einer Untreue gekommen ist“. Der Jurist hat im Auf-

trag von Stuttgart-21-Gegnern ein Gutachten erstellt, in dem er Anhaltspunkte „für ein wirtschaftskriminelles Geschehen“ erkennt. Wenn eine so massive Kostenexplosion wie bei Stuttgart 21 wiederholt „verschwiegen, verschleiert und vertuscht“ werde, sei dies „ein erhebliches Indiz dafür, dass die Entscheidungsträger von einem schlechten Gewissen geplagt waren, um die Fortführung des Projekts bangten und ihre verantwortlichen und gut dotierten Positionen in Gefahr sahen“ – mit der Folge einer „Kapitalvernichtung in großem Stil“, argumentiert Herzog. Die Bahn äußerte sich dazu nicht. Die Staatsanwaltschaft und Generalstaatsanwaltschaft Berlin haben Ermittlungen gegen die Vorstände der Deutschen Bahn bislang abgelehnt. fri, hip